Dbg. 88

24. vds-MV ergebnislos beendet

23.3. 1972

BSZ

10 Pf Nr. 91

bochumer studenten zeitung
universität bochum u. klinikum essen

Die vom 9. bis 13. 3. 1972 in Bonn abgehaltene Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften wurde am 13. 3., 2.00 Uhr morgens, von Spartakus und der spartakistischen Mehrheitsfraktion im SHB (SHB/MF) beschlußunfähig gemacht und endete damit ohne Ergebnis. Der vierköpfige Vorstand und der aus zwanzig ASten und den Projektbereichssekretären zusammengesetzte Zentralrat sind damit weiterhin im Amt.

Aufgrund der Fraktionsdisziplin im SHB, nämlich zwischen der spartakistischen Mehrheitsfraktion (jetzt: SHB/MF) und der antirevisionistischen Fraktion (jetzt: SHB/Sozialistische Fraktion) war es Spartakus und SHB/MF gelungen, im letzten Jahr sowohl die Vorstandsmehrheit als auch die Zentralratsmehrheit zu bekommen.

Die dem Spartakus (übrigens ebenso wie der DKP) eigene Bündniskonzeption, wie sie sich in der Bündnispolitik im vds konkretisierte, führte dazu, daß **einheitliche bundesweite Aktionen unter einheitlichen Parolen nicht mehr möglich waren.** Spartakus und SHB/MF oktroyierten ihre aus der Strategie des antimonopolistischen Kampfes abgeleiteten Parolen per Mehrheitsentscheidung — als quasi verbindlich für alle ASten — dem Verband auf, obwohl die Mehrheit im Vorstand und Zentralrat der Mehrheit der im vds vertretenen ASten längst nicht mehr entsprachen. **Der Versuch von Spartakus und SHB/MF, die eigene Strategie für den ganzen vds verbindlich zu machen, kennzeichnet die illusionistischen Vorstellungen dieser Gruppen von den Möglichkeiten des vds.**

Am Beispiel der CISNU

Ein wichtiger Diskussionspunkt des 2. Tages (nachdem am 1. Tag 6 Stunden über die Zusammensetzung des Tagungspräsidiums verhandelt wurde) war im Rahmen über den 15seitigen „Rechenschafts"- Bericht (der zwar viele Fakten über die Entstehung des Hochschulrahmengesetzes, aber wenig über die Politik des vds-Vorstandes enthielt) des Vorstandes die sogenannte **„CISNU-Affäre".**

Die Conföderation iranischer Studenten (National Union) hatte **anläßlich der 2500-Jahr-Feier des Schah-Regimes sich um ein Aktionsbündnis mit dem vds bemüht, um die Feierlichkeiten in der BRD zu verhindern.**

Die Mehrheit im vds-Vorstand hatte damals gesagt, sie wolle keinen 2. Juni (Erschießung Benno Ohnesorgs) und **scheute sich nicht, jetzt auf der MV dem Vertreter der CISNU vorzuwerfen, die CISNU habe damals geäußert, sie wolle die Feiern verhindern, „und wenn die Bundesrepublik Kopf steht", derweil die Verfassungsschützer im Saal die Griffel spitzten und mitschrieben. Wahr ist, daß kein Vertreter der CISNU dies jemals vorgehabt bzw. vertreten hat.** Angesichts der Äußerungen Brandts auf der Persienreise, er wolle persischen „Terroristen in der BRD das Handwerk legen" (dazu gehört dann wohl auch die CISNU) **offenbart sich hier die Solidarität von Spartakus und SHB/MF.**

Dazu hatte im Rahmen der Aktionen um die iranische 2500-Jahr-Feier eine vds-ASten-Konferenz beschlossen, **ein „vds-press" dazu herauszugeben, und zwar mit einer Einschätzung der Besuche von Staatsoberhäuptern in Teheran.** Daß dann auch der Podgorny-Besuch analysiert worden war (der

Manchen Leuten sieht man es an, daß sie keine Perspektive haben.

AStA Uni Gießen (SHB/SF) hatte die Redaktion übernommen), **veranlaßte den Vorstand, die entsprechenden Passagen zu streichen.**

Symptomatisch für die Politik des vds-Vorstands war — konkret in Bochum —, daß **der Spartakus Bochum die vds-Rundbriefe stets ein paar Tage früher als der AStA bekam, daß ohne Rücksprache mit dem AStA am 1. 12. 71 eine Demonstration in Bochum zum Hochschulrahmengesetz angesetzt wurde etc. . .**

Die auf der 24. o. MV mit knapp 60 Prozent in der Mehrheit befindliche — zunächst zugegebenermaßen — Negativkoalition gegen Spartakus und SHB/MF (SHB/SF, ML Tübingen, Kommunistische Gruppen, KSV Ffm, KSB Göttingen, NRF Heidelberg, bayrische ASten) war nicht mehr bereit, eine solche Bündniskonzeption zu unterstützen.

vds als Bündnisorganisation

Der vds — als Dachverband der BRD-Hochschul-ASten — ist von seiner Konstruktion her eine Bündnisorganisation, **deren Schlagkraft abhängig ist von der Aktivität der einzelnen ASten am Hochschulort, die verschiedene politische Konzeptionen vertreten.** Versucht nun eine Gruppe, den vds politisch gemäß einer eigenen politischen Strategie zu funktionalisieren, ist **damit zwangsläufig die praktische Wendung der vds-Politik an den Hochschulorten gefährdet und somit spalterisch, weil sie die Aktionseinheit untergräbt.**

Was ist nun bei einer solchen vorgefundenen vds-Konstruktion möglich?

Zum einen muß es in Zukunft Aufgabe des vds-Vorstandes und der Projektbereichssekretäre sein, einerseits **Informationen aufzubereiten und weiterzugeben,** andererseits **die Kommunikation von an der Basis arbeitenden Gruppen zu ermöglichen.**

Zum anderen muß die **Kontrolle des Vorstands** durch einen **gemäß den Mehrheiten der MV zusammengesetzten Zentralrat** gewährleistet sein, der zudem die Aktionen beschließt.

Hierin war sich — für die gegenwärtigen historischen Bedingungen — die Mehrheit in der MV einig.

vds-Politik

Unter den gegebenen eingeschränkten Möglichkeiten gibt es folgende Bereiche, in denen eine vds-Politik **eine breite Mehrheit der ASten finden wird** und wo die praktische Wendung an den Hochschulorten gewährleistet ist:

1) der Kampf gegen die kapitalistische Hochschulreform,
2) der Kampf gegen die politische Disziplinierung und
3) der Kampf gegen den westlichen Imperialismus.

Bei 1) bestehen zwar Unterschiede in Einschätzung und Strategie, allerdings wären im letzten Jahr bundesweite, vom vds angeregte Kampagnen möglich.

Zu 2) wurde auf der MV der — einzige — **Antrag „Gegen den Abbau demokratischer Rechte" verabschiedet;** Mitte Februar gab es hierzu bundesweite Aktionen.

In der Einschätzung der **westlichen** Imperialismen gibt es wenig

Spalten? Aber wir doch nicht.

Unterschiede, während die Rolle der sogenannten „sozialistischen" Länder unterschiedlich beurteilt wird, dort also auch gemeinsame politische Aktionen nicht möglich sind. **(Die Einschätzungen des AStA Bochum zu den drei Komplexen: s. letzte BSZen).**

Perspektiven

Nachdem die Mehrheit der MV ihrem Willen Ausdruck gegeben hatte, **eine weitere spalterische Politik des Spartakus und SHB/MF durch die Wahl eines neuen Zentralrates zu verhindern,** sah **Spartakus** und **SHB/MF** nach einigen Geschäftsordnungsmätzchen, (die vier Stunden in Anspruch nahmen) **keinen anderen Ausweg, als die MV beschlußunfähig zu machen.**

Der Vorstand des SVI (Studentenverband der Ingenieurschulen), des zweiten wichtigen überregionalen Verbandes von ASten, bot daraufhin der 60 Prozent-Koalition „alle seine Möglichkeiten an, um ein gemeinsames Aktionsbündnis . . . zu erarbeiten." (s. S. 2). **Das Verhalten von Spartakus und SHB/MF kann damit die ohnehin konzipierte Zusammenlegung von vds und SVI beschleunigen.**

Die Mehrheit der 24. o. MV wird in Gesprächen vor einer außerordentlichen MV versuchen, die theoretische Bündniskonzeption praktisch werden zu lassen, indem

— gemeinsame Anträge vorbereitet werden und
— ein Vorstand und Zentralrat mit Einbeziehung von Spartakus und SHB/MF gebildet werden, so daß zwar der vds nicht mehr von einer Gruppe majorisiert werden kann, andererseits aber gemeinsame Aktionen möglich werden.

OPFER

Am 9. 11. 71, in Sinsheim, sah ein Beamter das Leben seines Kollegen gefährdet und schoß gezielt auf einen Unbekannten. Der Tote wurde hinterher identifiziert.

Am 27. 9. 71 wurde in Berlin ein Autodieb im Handgemenge mit Polizisten erschossen, obwohl er vom Besitzer des Fahrzeugs und einem Taxifahrer festgehalten wurde.

Am 14. 9. 71 schossen die Polizisten auf einen Falschen: ein 27jähriger Kraftfahrer in Wuppertal erlitt Schußverletzungen, weil sein Auto die gleiche Farbe hatte wie das von zwei Gangstern, die am Morgen eine Bar überfallen hatten.

Am 19. 8. 71 wurde in Mannheim ein Grieche, der nach einem fingierten Rauschgifthandel mit einem Beamten flüchtete, in angeblicher Notwehr erschossen.

Im August wurde in München ein jugoslawischer Arbeiter — die Polizei spricht von einem tragischen Versehen — durch einen Bauchschuß getötet, in Berlin ein Tankwart durch Genickschuß getötet (der Polizist erinnert sich nicht mehr an die Abgabe des Schusses, war sehr aufgeregt); zielte in Mühlheim ein Polizist auf die Beine eines Einbrechers und traf diesen tödlich in den Bauch; wurde in St. Georgen ein Mann, der aus seinem Schlafzimmerfenster schaute, aus Versehen von Polizeibeamten, die auf der Jagd nach einem Amokschützen waren, durch Kopfschuß getötet;

In Herne wurde am 9. 6. ein 21jähriger Einbrecher mit 11 Pistolenschüssen von zwei Beamten niedergestreckt; in Hamburg wurde am 28. 5. ein Betrunkener, der mit einer Schreckschußpistole schoß, von Beamten erschossen; in München wurde am 21. 5. ein Betrunkener in einer Kneipe von Polizisten erschossen; am 9. 5. wurde in Düsseldorf ein fliehender Einbrecher von einem Beamten erschossen.

Am 16. 3. wurde in Berlin ein Verkehrssünder verfolgt: die Beifahrerin bekam einen Schuß in die Schläfe; am 31. 1. wurde ein Autodieb durch Genickschuß getötet, weil er in seine Brusttasche griff. Die Untersuchung ergab, daß der Polizist ihm die Waffe ins Genick gedrückt hatte. Der Polizist ist frei. . .

Anfang März dieses Jahres flüchtete ein 17jähriger Lehrling vor einer Polizeikontrolle, weil er keinen Führerschein besaß. Ein Polizist schoß auf den flüchtenden Wagen und verfeuerte ein ganzes MP-Magazin. Sieben Kugeln trafen den Flüchtigen tödlich.

Inhalt:

Urteil im SoWi-Prozeß
Seite 2

Verschärfung der Lage in der BRD
Seite 3/4

Numerus Clausus für rer. nat.
Seite 4

Mittwoch, 14. 3. 1972
- RUB -

Tommy, Du weißt ja, daß Du, genau
wie Petra und Georg, für uns,
Deine Genossinnen und Genossen, lebst,
das brauche ich Dir ja eigentlich
gar nicht sagen,
warum ich es Dir aber trotzdem
sage —
Tommy, ich habe ihre Augen gesehen,
die Augen von denen, für die Du mit
uns gekämpft hast und kämpfst —

— in der Mensa,
im kleinen Saal,
in der Cafeteria habe ich ihre Augen
gesehen
am Dienstag, als ich ihnen die
Rote Hilfe-Rekonstruktion
über Deine Ermordung verkaufen wollte
für 20 Pfennig.

Tommy, für diese Kommilitonen
bist Du tot, ist Petra tot, ist
Georg tot;
Euer Tod ist für sie ein
20-Pfennig-Tod,
nicht mal eine 20-Pfennig-Ermordung
haben sie Dir zugestanden,
diese 20-Pfennig-Augen —
die ich gesehen habe.

Tommy — so einfach hat es sich
die 20-Pfennig-Presse gemacht —
sie verkauften diesen Leuten
Deine Ermordung als 20-Pfennig-Tod,
Deinen und unseren Kampf als
20-Pfennig-Kampf und gaben ihnen
obendrein als Bonus 20-Pfennig-Augen —

Aber Tommy, stell Dir doch mal
den Spaß vor, wenn wir
dieser Presse und diesen Leuten
eines Tages eine
20-Pfennig-Auferstehung
von Euch — von Dir, Petra, Georg
und den anderen, die noch
einen 20-Pfennig-Tod sterben werden,
verkaufen —

Ehrlich, Tommy, ich glaube
wir werden dann alle unseren Spaß
haben, aber für sie wird es bestimmt
kein 20-Pfennig-Spaß,
das schwöre ich Dir.
Venceremos.

Erschossener Thomas Weißbecker, Polizist. Jeder, der sich jetzt nicht gegen diese Art der Verfolgung wendet, ist mitverantwortlich dafür, daß die Polizei eiskalt morden kann.

Urteil im SoWi-Prozeß

Papalekas und Co verurteilt

Am 24. 2. wurden die Professoren Papalekas, Herder-Dorneich, Willms und Weber-Schäfer vom Landgericht Bochum verurteilt, es bei Vermeidung einer vom Gericht für jeden Fall der Zuwiderhandlung zu verhängenden Geld- oder Haftstrafe bis zu sechs Monaten zu unterlassen, folgende Behauptungen aufzustellen oder zu verbreiten:

● Die Kläger (der Fachschaftsrat Sozialwissenschaften, d. Verf.) hätten am 18. 5. 1971 das Dekanat besetzt, Türen und Schränke aufgebrochen, Angestellte bedroht und vertrauliche Akten durchwühlt;
● die Kläger übten Psychoterror gegen einzelne Mitglieder der Fakultät aus, der sich in öffentlich und anonym geäußerten Drohungen eskaliere;
● die Kläger erhöben Morddrohungen, sowie Androhung von Gewalt."

Der Prozeß war das Ergebnis der Eskalation der Mauschelpolitik von Papalekas und Co. an der Abteilung VIII gegen die studentische Interessenvertretung am Ende des SS 71. Um die Organisierung der Studenten zu verhindern, versuchten die Professoren den Fachschaftsrat von den Studenten und den Kräften, die ihre Politik nicht zu unterstützen bereit waren, durch eine diffamierende Presseerklärung zu isolieren.

Dieser Schritt paßte sich sehr gut ein in die Kriminalisierungskampagne gegen die Linke (zu deren Ergebnissen inzwischen unter anderem das Berufsverbot für Marxisten gehört) und wurde von der bürgerlichen Presse auch bereitwillig aufgenommen.

Außer den oben erwähnten Punkten enthielt der Klageantrag noch folgende Forderungen:

Die Professoren sollten verurteilt werden folgende Behauptungen zu unterlassen:
— die Kläger gehörten zu radikalen Studentengruppen, denen jedes Mittel recht sei, ihre Ziele zu erreichen
— die Kläger hätten in mindestens einem Fall versucht, die Morddrohung in die Tat umzusetzen
— die Kläger würden die Fakultät in ständig steigendem Maß mit wüsten Beschimpfungen und Beleidigungen konfrontieren, die an ausgesuchter Infamie nichts zu wünschen übrig lassen
— die sog. engere Fakultät habe am 30. Juni 1971 einstimmig beschlossen, ihr sei nicht zuzumuten, weiterhin mit Studentenvertretern zusammenzuarbeiten.
— den Klägern Schmerzensgeld zu zahlen.

Die schriftliche Begründung des Urteils liegt noch nicht vor. Daher läßt sich über die Begründung für die Ablehnung der genannten Punkte nur vorläufiges sagen. So bekam der FR zu hören, daß er für die Forderung eines Schmerzensgeldes nach der BGH-Rechtsprechung **nicht prominent genug sei.** Bezüglich der „engeren Fakultät" spricht das Gericht den Klägern den Rechtsschutz ab mit der Begründung, **innerorganisatorische Maßnahmen der Abteilungen bzw. der Fakultäten seien Sache der Dienstaufsichtsbehörden und nicht der Studenten.**

Zu den Beschimpfungen meint das Gericht, daß solche in den SoWi-Infos ausgesprochen worden sind. Die Behauptung, eine Morddrohung sei in die Tat umgesetzt worden ist nach Meinung des Gerichts bereits in dem zugesprochenem Antrag „Morddrohungen" enthalten. Über die Begründung für den Punkt „radikale Studentengruppen" ist noch nichts bekannt.

Nach grober Schätzung dürften die Gesamtkosten des Rechtsstreites zu 1/3 von den Professoren und zu 2/3 vom Fachschaftsrat (das dürfte ca. 600,— DM sein) zu tragen sein. Eine genaue Aufschlüsselung hierüber liegt aber ebenfalls noch nicht vor. Ob Papalekas und Co. in Berufung gehen, ist auch noch nicht bekannt.

b. a.

Ein Frühlingsgruß — weil die Junge Union Pornos in der BSZ so gern mag.

Erklärung des SVI-Bundesvorstandes: Zur Situation der 24. o. MV des vds am 12.3.1972

Der SVI-BuVo sieht sich mit der überwiegenden Mehrheit der MV des vds einig in der Notwendigkeit, die politische Perspektive im SS 72 für ein einheitliches Aktionsprogramm gegen den Abbau der demokratischen Rechte — speziell dem Berufsverbot für Kommunisten, Sozialisten und Demokraten — sowie zur Hochschulrahmengesetzkampagne zu erarbeiten.

Zu dieser Frage der Zusammenarbeit war ein Antrag vorbereitet, der in der weiteren Antragsdebatte der 24. o. MV eingebracht werden sollte.

Da aufgrund der aktuellen Situation der MV am Abend des 12. 3. 72 die Situation wegen formaler Geschäftsordnungsdebatten die Einbringung dieses Antrages nicht mehr möglich scheint, gibt der SVI-Bundesvorstand folgende Erklärung ab:

Sollte die MSB-Spartakus/SHB(MF)-Fraktion, die auf der 24. o. MV keine Mehrheit stellen konnte, die Neuwahl des Zentralrates verhindern und durch formale Tricks die alte Zentralratzusammensetzung zu erhalten versuchen, so entspricht das in keinster Weise unseren Vorstellungen von Bündnispolitik innerhalb des vds einerseits und der Bestimmung von politischen Aktionseinheiten andererseits. Nur auf inhaltlicher Ebene kann die Entwicklung eines einheitlichen Dachverbandes ermöglicht werden.

Wird die Wahl eines Zentralrates entgegen dem Votum der Mehrheit der Mitglieder des vds verhindert, so bietet der SVI den von der politischen Diskussion und Entscheidung ausgeschlossenen Gruppierungen alle seine Möglichkeiten an, um ein gemeinsames Aktionsbündnis zu o. g. Fragen zu erarbeiten.

Der SVI-BuVo erklärt ferner deutlich, daß er weder den vds spalten, noch eine einheitliche Organisierung der Studentenschaften in der Zukunft verhindern will, sondern mit aller Kraft diese vorantreiben wird!

Der SVI-BuVo erklärt weiterhin, daß er an seinem Prinzip, die einheitliche Organisation der Studentenschaften in einem historisch ausgewiesenen Wechselverhältnis von unten und oben auf allen Ebenen aufzubauen, festhält (ASTen, Landesverbände, Bundesvorstände).

Dieses gilt auch für das oben genannte Angebot!

Die Reaktion an der Uni greift zur Gewalt

In den Straßen wird geschossen, Hausdurchsuchungen bei Genossen gehören praktisch schon zum „alltäglichen" Geschehen, Einreise- und Berufsverbote werden die Regel. Die Rechten von der BSU kümmert das nicht. Wer aber bisher glaubte, der „liberale Freiraum" Universität verschone die linken Studenten von diesen Ereignissen und Praktiken, der muß sich eines Besseren belehren lassen:

In der letzten Woche wurden die Ermittlungsergebnisse der „Roten Hilfe" über die Ermordung Thomas Weißbeckers in einem Extrablatt den Studenten zugänglich gemacht. **Daß auch auf dem Campus die Informationsfreiheit eingeschränkt wird, mußte ein Verteiler erleben, der an rechte Studenten geriet: Er bezog Prügel!** Demnächst werden wir uns zu wehren wissen!

Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!

Widerruf

Herrn
Rechtsanwalt Dr. Geppert
463 Bochum
Postfach 825

29. Febr. 1972

Betr.: **Borchert ./. Bochumer Studentenzeitung**

Sehr geehrter Herr Dr. Geppert!

In Erwiderung des Schreibens von Herrn Borchert vom 8. 2. 1972 widerrufen wir hiermit die von ihm bemängelten und zitierten Stellen in der BSZ, Nr. 89, insoweit sie beleidigende Passagen enthalten.

Der Widerruf wird in der BSZ veröffentlicht.

Mit freundlichen Grüßen
Reinhard Greeven

Reifen-Dornhardt
Reifenfachhändler
Runderneuerungs- und Vulkanisierbetrieb
Deta-Batterielager
Sonderpreise für Uni-Angehörige
463 Bochum
Wittener Str. 449 · Ruf 55 03 68
gegenüber Opel-Eingang I

Studentische Literatur
KUNST & BÜCHER SCHEUNE
Bochum, Lennershofstraße 156
hinter der alten Mensa

Zur Situation der stud. Krankenversicherung

Wo ein Aas ist, da sind auch Geier. So lockte die im Sterben begriffene DSKV, die sich nun doch anschickt, zumindest das nächste Semester noch zu überleben, die Scharen der Ersatzkassen an, die aus der Konkursmasse so manchen Studenten zu ihren Fahnen zu ziehen hofften.

In diesem Stadium, da die Ersatzkassen durch bessere Leistungen bei niedrigeren Beiträgen eine gute Möglichkeit der Versicherung von Studenten boten, trat das Studentenwerk an, auch innerhalb der Ersatzkassen die Interessen der dort versicherten Studenten zu wahren. So kamen Vereinbarungen mit der Technikerkrankenkasse für die Studenten der technischen Bereiche und der Hamburg-Münchener Ersatzkasse für die anderen Studenten — Werkstudenten — zustande. An konkreten Punkten hat sich bereits erwiesen, daß auf diese Weise das zur Zeit Bestmögliche für die Studenten erreicht werden konnte.

Fernab solcher Gewährung studentischer Einflußnahme wollte eine andere Kasse, die Barmer Ersatzkasse, ihr profitträchtiges Süppchen kochen. Dazu suchte sie sich 2 Studenten der Wirtschaftswissenschaften, die an der Uni schamlos verbotene Werbung und Abwerbung für die Barmer Ersatzkasse betrieben. Das Werbeinstrumentarium der Barmer Ersatzkasse zeigte sich an der Uni einerseits in diffamierenden Angriffen auf AStA und Studentenwerk und andererseits in Lügen über die eigene Kasse. So wurden frech Studenten zu einem Beitrag von 9,- DM in die Barmer Ersatzkasse aufgenommen, bevor dieser Beitrag überhaupt genehmigt war.

Das Studentenwerk warnte sofort in einem Flugblatt davor, solchen Bauernfängermethoden auf den Leim zu gehen und wies darauf hin, daß der Beitrag noch nicht genehmigt war. Was vom Studentenwerk vorausgesehen wurde, trat auch ein, sowohl das Bundesversicherungsamt als auch die Vertreterversammlung der BEK lehnten den Beitrag von 9,- DM für Studenten ab.

Doch auch nach dieser Ablehnung ihres Beitrages machte die Barmer Ersatzkasse noch Werbeaktionen für Aufnahmen zu diesem Beitrag von 9,- DM. Die so aufgrund von Lügen aufgenommenen Studenten erhielten umgehend den Bescheid, daß sie doch nicht zu 9,- DM aufgenommen werden können, sondern um 2,- DM pro Monat erhöhte Beiträge zahlen müssen.

Studentenwerk

TRIKONT neu im frühjahr

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF

SIND WIR PROLETARIER ? NR. 28
Zur Verbindung der Kämpfe im Produktions- und Distributionsbereich.
Die Kämpfe der Kaufhausangestellten in Frankreich
60 Seiten (im Abonnement 15% billiger) ca. DM 4,00

NEHMEN WIR UNS DIE STADT NR. 29
Klassenanalyse, Organisationspapier und Kampfprogramm von Lotta Continua.
Beiträge von Lotta Continua zur Totalisierung der Kämpfe
ca. 140 Seiten (im Abonnement 15% billiger) ca. DM 7,00

M. REGINI/E. REYNERI NR. 30
DER KAMPF DER ARBEITER GEGEN DIE KAPITALISTISCHE ORGANISATION DER PRODUKTION
ca. 160 Seiten (im Abonnement 15% billiger) ca. DM 9,00

BEWAFFNETER KAMPF UND MASSENLINIE NR. 31
Beiträge der Gauche Proletarienne zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes
ca. 85 Seiten (im Abonnement 15% billiger) ca. DM 4,00

" Lotta Continua " NR. 32
BEFREIT BELFAST !
VOLKSKRIEG IN NORDIRLAND
ca. 120 Seiten (im Abonnement 15% billiger) ca. DM 6,00

N. PALESTRINI NR. 33
VOGLIAMO TUTTO – WIR WOLLEN ALLES !
Roman der Fiatkämpfe
ca. 120 Seiten (im Abonnement 15% billiger) ca. DM 6,00

trikont bücher

RITA DI LEO
REVISIONISMUS UND ORGANISATION DER ARBEIT
Die Entwicklung von Klassenstrukturen und Klassenherrschaft in der Sowjetunion
ca. 250 Seiten ca. DM 12,00

M. GAGLIO
MEDIZIN UND PROFIT
ca. 160 Seiten ca. DM 8.50

ABONNEMENT

Unsere Bücher können abonniert werden – entweder insgesamt oder nur die der Reihe "Schriften zum Klassenkampf". Die einzelnen Titel (insgesamt ca. 10-12 Titel jährlich) erscheinen in unregelmäßigen Abständen. Die Preise liegen in der Regel – mit ganz wenigen Ausnahmen – zwischen DM 4.00 bis DM 9.00, je nach Umfang. Auf diese Preise erhalten Abonnenten einen Rabatt von 15%. Bestellungen laufen für 1 Jahr unkündbar und können dann vor der Auslieferung der einzelnen Titel gekündigt werden. Für den Zeitraum von einem halben Jahr werden die neuen Titel angekündigt. Wir können Auflagen und Preise besser kalkulieren, wenn ein großer Teil durch die Abos fest vorbestellt ist. Außerdem liegt darin und in der Werbung für neue Abonnenten eine gute Möglichkeit zur Unterstützung des Verlags.
Unterstützt den Trikont Verlag durch ein Abonnement und durch Anwerbung neuer Abonnenten!

Unsere Bücher sind erhältlich bei: POLITISCHE BUCHHANDLUNG 463 Bochum Overbergstraße 5

Trikont-Verlag 8 München 80 Josephsburgstr.16

TERMINE – QUALITÄT GRÜNDLICHKEIT

. . . werden bei uns groß geschrieben.

Wir drucken für Sie im Offsetverfahren Formulare, Skripten, Dissertationen und Broschüren in jeder gewünschten Auflage — bei kleinen Preisen, hoher Qualität und kurzen Lieferzeiten.

STUDIENVERLAG
im Studentenwerk Bochum e. V.
463 BOCHUM-QUERENBURG
Lennershofstraße 60 — Baracke 1 — Telefon 71 40 43

Drei Wochen im März:

Was war los in der Bundesrepublik?

1. März: Prof. Röllecke, frischgekürter Vorsitzender der Westdeutschen Rektorenkonferenz, erklärt auf seiner ersten Pressekonferenz, er sei nicht Mitglied des Bundes „Freiheit der Wissenschaft", verschweigt aber geflissentlich, daß seine Wahl zum WRK-Präsidenten auf Betreiben und mit Hilfe des braunen Bundes stattfand.

☆

1. März: Innenminister Genscher verkündet, Ernest Mandel, wenige Tage vorher mit Einreisesperre belegt, dürfe in die BRD kommen, „wenn er von seinen revolutionären Vorstellungen abgeht".

☆

1. März: Münsters Polizeidirektor stellt Strafantrag gegen den „Semesterspiegel", der eine Satire über schieß- und schlagfreudige Polizisten veröffentlicht hatte.

☆

1. März: In Bayern wird dank parlamentarischen Kraftakts der CSU ein neues Rundfunkgesetz verabschiedet, daß der in Bayern regierenden Partei die Vorherrschaft im Rundfunkrat und damit entscheidenden Einfluß auf die personelle Besetzung des Bayrischen Rundfunks gibt.

☆

2. März: Eine faktische Zensur der Berliner Jugendzeitschrift „Der Blickpunkt" übt der Haushaltsausschuß des Bundestages aus, indem er die Mittel der Zeitschrift aus dem Bundesjugendplan auf die Hälfte reduziert.

☆

2. März: Weil er keinen Führerschein besaß, flüchtet in Tübingen ein 17jähriger vor einer Polizeikontrolle. **Er wurde von mehreren Kugeln einer Polizei-MP tödlich getroffen.**

☆

2. März: Thomas Weisbecker, angebliches Mitglied der angeblichen BM-Gruppe, **wird auf offener Straße in Augsburg von einem Polizeibeamten erschossen.** Die Notwehr-Version der Polizei ist inzwischen mehr als zweifelhaft geworden, die Widersprüche in den offiziellen Stellungnahmen der Polizei und der Staatsanwaltschaft wurden nicht beseitigt.

2. März: Bei der Verhaftung von M. Grashof und W. Grundmann in einer Hamburger Wohnung, wo sich mehrere Polizisten auf BM-Fahndung „auf die Lauer legten" (WAZ), werden ein Polizeibeamter und M. Grashof verletzt. Wenn Grashof — wie die Polizei behauptet — zuerst schoß, ist es zumindest erklärlich: 12 Stunden zuvor wurde Thomas Weisbecker von der Polizei erschossen.

☆

3. März: Einen Gesetzesentwurf zum „Schutz des Olympischen Friedens" bringt der Bundesrat ins Parlament ein. Mit Hilfe eines solchen Gesetzes soll während der Sportschau ein Verbot von öffentlichen Versammlungen innerhalb einer „Bannmeile" um die Sportstätten durchgesetzt werden.

☆

3. März: Acht Studenten, die im Juni 1970 in Heidelberg gegen die „Entwicklungshilfe"-Konferenz und Ex-USA-Verteidigungsminister McNamara protestiert hatten, werden zu **Gefängnisstrafen zwischen drei und sieben Monaten** verurteilt.

☆

5. März: „Friedenskanzler" Brandt trifft in Persien ein, wo ihn der Schah vor allem seinen Ärger über die Tätigkeit persischer Sozialisten in der BRD spüren läßt (wen wundert's, daß die „German Colony" in Teheran — u. a. BASF, Henkel, Hoechst und Siemens — ihn mit ganzseitigen Zeitungsanzeigen begrüßen). Es folgt prompt am:

7. März: die Ankündigung von Polizeiminister Genscher, die „Überprüfung" ausländischer Radikaler werde verschärft werden.

☆

8. März: In Berlin setzt eine konzertierte Hetze von CDU und SPD gegen Harry Ristock (SPD-Mitglied) ein, weil er das Vorgehen gegen Mandel kritisierte.

☆

8. März: Aus dem an diesem Tag veröffentlichten „Bundesforschungsbericht" geht hervor, daß die „Wirtschaft", also die Monopolbetriebe der BRD, am meisten von den öffentlichen Ausgaben für Forschung profitieren. 19 Prozent aller Forschungsaufgaben stellte das Verteidigungsministerium.

☆

9. März: Schnelles Fahren macht einige holländische Touristen auf der Autobahn Hamburg-Bremen Polizisten einer Zivilstreife verdächtig. Als Folge von Lichtreflexen („Mündungsfeuer") und Fehlzündung („Pistolenknall") **wird das Touristenauto von der Polizei beschossen.** Der Polizeiüberfall und die darauf folgende Flucht der Holländer werden von offizieller Seite als **„bedauerlicher Irrtum auf beiden Seiten"** bezeichnet.

☆

9. März: Aufgrund ihrer Ermittlungen kommen mehrere Anwälte zur Ansicht, Thomas Weisbecker sei am 2. März nicht in Notwehr erschossen worden. **Sie bezeichnen die Erschießung als Exekution.**

9. März: Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Stoltenberg (CDU) beklagt die „Brutalisierung unseres gesellschaftlichen Lebens".

Beklagt die Brutalisierung: Stoltenberg

9. März: Die SPD/FDP-Regierung erklärt sich zur Verschärfung des Haftrechts für „Serientäter" bereit.

☆

9. März: Eine Großrazzia gegen „Hippies" und „Polit-Rocker" in besetzten Häusern führt die Frankfurter Polizei durch. Gleichzeitig nahmen sie auch Mitglieder eines benachbarten Krankenkollektivs fest, das von fortschrittlichen Psychologen, Soziologen und Ärzten betreut wurde. Medikamente, Instrumente und Karteiblätter der Ärzte werden beschlagnahmt.

☆

10. März: Der hessische Innenminister gibt bekannt, 177 rechtsradikale Parteigänger seien im öffentlichen Dienst in Hessen tätig. **Von Berufsverboten gegen diese ist nichts bekannt.**

☆

10. März: Mit dem Jahresbericht des Wehrbeauftragten, der unter anderem schlaffe Disziplin bei der BuWe und weiter ansteigende Kriegsdienstverweigerungszahlen beklagt, wird offensichtlich eine Verschärfung der Disziplinierung in diesem Bereich vorbereitet.

☆

11. März: Ein Grieche, der einen Polizeibeamten in Börtlingen um Hilfe bitten will, **wird von dem Polizisten erschossen.** Der Beamte hielt die Taschenlampe des Griechen für eine Pistole.

☆

13. März: Die „Nach-Ruhland"-Prozeßwelle wird eröffnet in Stuttgart, wo der Student Helmut Pohl wegen Unterstützung einer Baader-Meinhof-Gruppe vor Gericht steht. Dauer der Untersuchungshaft: Neun Monate.

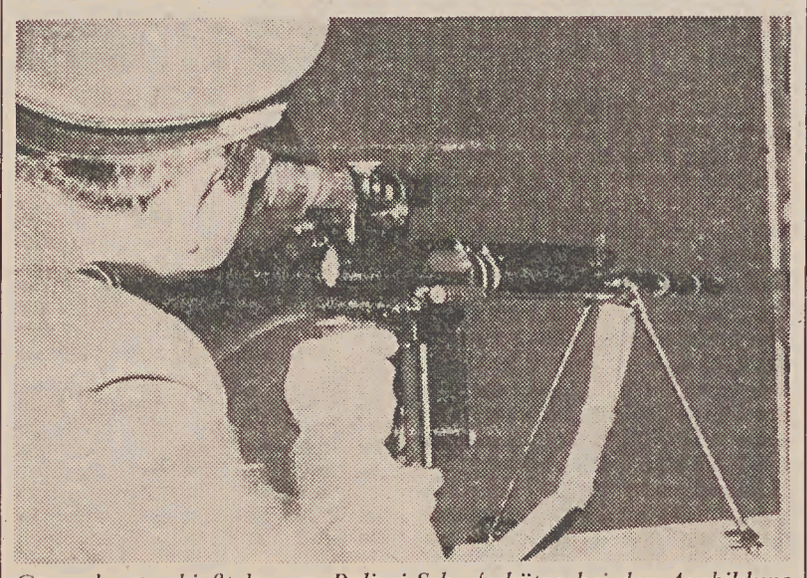
☆

14. März: Ein BM-Verdächtigter berichtet der FR über seine Erfahrungen. Was oft nur als Witz verstanden wird, wurde bei ihm Wahrheit: Lange Haare, Bart, schneller Wagen sind gefährlich. Die Folgen dieser Attribute für einen 34jährigen Grafiker aus Frankfurt: **Großfahndung, Dingfestmachung durch ca. zehn mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizisten,** drei Stunden Verhör und Recherchen (seine Mutter erlitt dabei Herzattacke) und der Polizisten-Rat: „Am besten, Sie hängen sich ein Schild um: Ich bin nicht von der Baader-Meinhof-Gruppe."

14. März: Die „Demokratische Aktion" München teilt mit, daß in allen Bundesländern NPD-Funktionäre und Angehörige der „Aktion Neue Rechte" in Ämtern und Behörden tätig seien. **Als „politisches Eldorado" für die Faschisten gilt Bayern.**

☆

5. März: Dank seiner Geständnisfreudigkeit wird Karlheinz Ruhland zu der relativ milden Strafe von viereinhalb Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Das Gericht konstatiert die Existenz einer „kriminellen Vereinigung", die Baader-Meinhof-Gruppe genannt wird, im Urteilsspruch.



Gut gelernt schießt besser: Polizei-Scharfschütze bei der Ausbildung

15. März: Dank seiner Gnständnisdungsminister Dohnanyi (SPD) will zwar kein explizites Ordnungsrecht in die Hochschulgesetzgebung einführen, ein „Schlichtungsrecht" schließt er jedoch nicht aus.

☆

16. März: Durchsuchungen von Kriminalpolizisten und Handgreiflichkeiten von „Ordnern" mußten sich die Besucher der Siemens-Hauptversammlung gefallen lassen, weil Kritik an der Siemens-Beteiligung beim Cabora-Bassa-Projekt angekündigt und geübt wurde.

☆

16. März: Das Verfahren gegen den Polizisten, der einen 17jährigen Lehrling mit einer MP-Garde durchlöcherte (siehe 2. März), wird eingestellt, **da der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel** — so die Stuttgarter Staatsanwaltschaft — **gewahrt worden sei.**

☆

16. März: In der ersten Lesung des Gesetzesentwurf zur Verschärfung des Haftrechts sind sich alle Fraktionen im Bundestag einig, daß die geplanten Verschärfungen möglichst bald in Kraft treten müssen.

☆

16. März: Eine CDU-Wählerinitiative, deren Hauptzweck der „Kampf gegen den Linksradikalismus" ist, konstituiert sich in Stuttgart. Sie wird von 92 reaktionären Professoren ins Leben gerufen.

☆

17. März: Die Zuschüsse für die „Anonyme Beratungsstelle für Rauschmittelgefährdete" in Münster werden vom Jugendamt der Stadt gesperrt, weil mit den Klienten der Beratungsstelle nicht nur karitative, sondern auch politische Arbeit durchgeführt wurde.

18. März: Wegen der Beteiligung an „Aktion Roter Punkt" in Eßlingen werden vier Jugendliche zu **mehrmonatigen Freiheitsstrafen** und der Zahlung von Geldbußen verurteilt.

☆

18. März: Das Verwaltungsgericht in Saarlouis lehnt eine einstweilige Verfügung gegen Genschers Einreiseverbot für Mandel ab, der an einer Veranstaltung in Frankfurt teilnehmen wollte.

☆

18. März: Dem Pressereferent der Universität Regensburg wird zum Ablauf der Probezeit gekündigt, da er — so das bayrische Kultusministerium — ein politisches Mandat in Anspruch genommen habe.

☆

19. März: Die Staatsanwaltschaft Berlin muß endgültig zugeben, daß Georg v. Rauch am 4. 12. 71 von dem Kripo-Beamten Schulz erschossen wurde, behauptet aber, es habe sich um eine Notwehrsituation gehandelt. Die baldige Einstellung der Ermittlungen wird angekündigt.

☆

19. März: Weil die Gäste in einem benachbarten Lokal zu laut sind, verläßt ein Beamter der Münchner Schutzpolizei nachts seine Wohnung und fordert, versehen mit Dienstausweis und Dienstpistole, Ruhe, Da die Zecher seiner Aufforderung nicht sofort nachkommen, kommt es zu einem Zusammenstoß. **Der Beamte zieht seine Waffe und feuert auf die Ruhestörer. Vier von ihnen müssen darauf mit Schußverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden, einer von ihnen mit einem Bauchschuß.**

☆

20. März: Für alle „Linken", die glauben, in der SPD ein politisches Betätigungsfeld zu finden, sei an eine (die wievielte?) weitere scharfe Linksabgrenzung vom Partei-Vorsitzenden Brandt erinnert, der gegen „jene jungen Herren Akademiker, die links von sich selbst und jeder Vernunft stehen", polemisiert. Die IG Metall weiß diese Abgrenzung durchaus nachzuvollziehen. Am

21. März wird bekannt, daß die Gewerkschaft die Zusammenarbeit mit ihrem ehemaligen Referenten Fritz Vilmar aufkündigt. Die Gewerkschaft will auch nicht mehr an Tagungen teilnehmen, an denen Vilmar beteiligt ist, was die Folge haben wird, daß Vilmar nicht mehr eingeladen wird, denn auf ihn kann man eher verzichten, als auf die IG Metall. Mal eine neue Variante der Berufsverbote.

☆

21. März: Bayern will noch vor dem (ohnehin restriktiven) Hochschulrahmengesetz des Bundes ein eigenes Hochschulgesetz vorlegen, **in dem in allen Gremien der Universitäten eine Mehrheit für die Ordinarien verankert sein soll.**

Fortsetzung auf Seite 4

Ihre Kommilitonen können es bestätigen . . .

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert

RENAULT

C. M. Schötteldreier
4630 BOCHUM
Herner Straße 107
Telefon 1 43 36

Service, Verkauf
Ersatzteillager

Wir reparieren — und tauschen nicht nur aus!

Studenten-Krankenversicherung?

Aufgrund satzungsmäßiger Bedingungen ist es für eine Aufnahme in die TK nicht erforderlich, daß Studenten z. B. beschäftigt sind. Studenten technischer Fachrichtungen können Mitglieder werden, weil sie studieren!

Für Studenten technischer Fachrichtungen

Monats-Beitrag 11,— DM*)

Die TECHNIKER-KRANKENKASSE ist die größte rein berufsständisch orientierte Angestellten-Krankenkasse.

Über 600 000 Mitglieder.

Geschäftsstellen in allen großen Städten.

8000 ehrenamtliche Versichertenberater.

Günstige Beiträge — nicht nur während des Studiums, sondern auch später im Berufsleben.

Umfassender Versicherungsschutz.

TK-Mitgliedschaft befreit von der DSKV-Pflichtversicherung.

Informationsmaterial bei den TK-Geschäftsstellen oder beim AStA.

längst geregelt durch TK-Mitgliedschaft

*) für 2,— DM mehr ist die ganze Familie mitversichert.

Techniker-Krankenkasse

Geschäftsstelle Bochum, Wittener Str. 72

Telefon 300308/9

NC in allen naturwissenschaftl. Fächern

Mit Erlaß vom 28. 1. 72 hat das NRW-Wissenschaftsministerium angeordnet, daß für alle Fächer, die in irgendeiner Weise am Verfahren der Zentralen Registrierstelle (ZRS) in Hamburg teilnehmen, sogenannte „Zulassungssatzungen" verabschiedet werden sollen, die die Modalitäten der Zulassung in den einzelnen Fächern, auch wenn sie nur am Clearing-Verfahren teilnehmen, festlegen sollen.

Faktischer NC

Im Studienplatznachweisverfahren (= Clearing-Verfahren) wurden die Bewerber — **unverbindlich** — auf die vorhandenen Studienplätze verteilt, **ohne daß es eine Zulassungsbeschränkung gab.** Das war der Fall in Chemie, Physik und Mathematik. Erfragt wurden vom Fachbewerber Name Adresse und gewünschter Studienort.

In der Zulassungssatzung dagegen wird zunächst **die Teilnahme am Verfahren obligatorisch,** zudem wird nach **Daten** gefragt, die eine **Prioritätsreihenfolge** ermöglichen (Abiturnoten, Wartezeit etc.). Das bedeutet ganz schlicht: sollte man irgendwann mal auf die Idee kommen, den NC anzuordnen, hat man die gewünschten Daten gleich zur Hand.

Für die Fächer, die bereits den NC haben, bedeuten die Zulassungssatzungen eine juristische Grundlage, um Bewerber abzulehnen.

NC: ein Teufelskreis

Der NC hat einige spezifische Eigenheiten, die es sich näher zu betrachten lohnt.

(1) **Der NC ist Instrument von Interessenpolitik und reproduziert sich selbst.** Beispiel: die Anzahl der Studienplätze in Medizin ist seit Einführung des NC absolut zurückgegangen, trotz Hochschulausbau. Die i. d. R. von den Profs bestimmten Kapazitäten, die möglichst niedrig angegeben werden, dürften zudem auch dem Hartmann-Bund, der Interessenvertretung der Ärzte, zur Erhaltung der lukrativen Arztpraxen recht angenehm sein.

(2) **Der NC setzt sich im Fach fort.** Sobald eine Universität einen NC einführt, wenden sich die Abgewiesenen an eine andere Uni, die wiederum NC einführt usw. usf.

(3) Der NC setzt sich fachübergreifend fort.

Abgewiesene Mediziner studieren beispielsweise vorerst Biologie, dort gibt es NC usw.

Wenn also der NC, angeblich Notmaßnahme, jetzt systematisch eingeführt wird, wo er sich selbst erhält und ausbreitet (um es mal als „Sachzwang" auszudrücken), was steckt dahinter?!

NC als Bedarfslenkungsmittel

Der dpa-Kulturdienst berichtete kürzlich über eine von einem Prof. Widmaier angestellte, vom Bundeswissenschaftsministerium bezahlte Studie über eine Vorausschätzung der Qualifikationsstruktur von ausstudierten Akademikern, falls keine Bedarfslenkung erfolgt. **Eine Schlußfolgerung dabei war, daß es zu „bedenklichen Fehlentwicklungen" kommen werde, wenn man in dieser Richtung nichts tue.** Hier wird **unter dem Mäntelchen des „wissenschaftlich fundierten Sachzwangs" psychologisch die Bedarfsplanung vorbereitet, wobei der Bedarf der „Gesellschaft", wie er immer genannt wird, schlicht der Bedarf der „Wirtschaft" ist, nämlich im engeren Sinne der Bedarf an direkt verwertbaren** und im weiteren Sinne an **systemstabilisierenden und der Reproduktion der Arbeitskraft dienenden Qualifikationen.**

Die chaotische, nicht prognostizierbare kapitalistische Produktionsweise erfordert **ein flexibles Instrument der Bedarfssteuerung.**

Genau wie die demnächst **obligatorische, studienbegleitende Studienberatung,** die **Abhängigkeit der Förderung von den erbrachten Leistungen gemäß Bundesausbildungsförderungsgesetz** die Bedarfssteuerung **während** des Studiums gewährleisten sollen, wird durch **Studieneingangsberatung** und **NC** der Bedarf **vor Antritt** des Studiums in die „richtigen" Bahnen gelenkt.

Dazu kommt, daß mit der Erfassung der persönlichen Daten in Hamburg eine **zentrale Sammelstelle zur Verfügung steht, die im Rahmen der Disziplinierungsmaßnahmen eine bedeutende Rolle spielen wird.**

Und schließlich wird es mit Hilfe des NC gelingen, **die 6-Semester-Studiengänge als willkommenen Ausweg aus der von „Sachzwängen" bestimmten NC-Wirklichkeit zu präsentieren.**

Dezentrale Zentralisation

Die Tatsache, daß **die Universitäten** die Zulassungssatzungen erlassen sollen, täuscht darüber hinweg, daß es sich **in Wirklichkeit um eine zentral gesteuerte Maßnahme handelt.** Denn der Minister hat gleich Material mitgeschickt, wie diese Zulassungssatzungen auszusehen haben: sie müssen das von der Kultusministerkonferenz entwickelte Modell für die Zulassungsregelung enthalten. Es bleibt für die Universitäten noch übrig, Uhrzeit und Ort der Bewerbung festzusetzen. Der Minister hat damit eigentlich gleich drei Fliegen mit einer Klappe geschlagen:

1. Die Universitäten verabschieden genau das, was er anordnet. Andernfalls stimmt er einer Zulassungssatzung nicht zu.

2. Der Minister als Exekutivorgan nimmt nicht den Eingriff in das Grundrecht der freien Berufswahl vor, sondern ein legislatives Universitätsorgan, bei uns das Uni-Parlament. Einige Verwaltungsgerichte hatten die ministerielle Praxis nämlich moniert.

3. Die Hochschule beschließt „autonom" NC.

Die politische Veranwortlichkeit des Ministers wird verschleiert durch den legislativen Akt des Uni-Parlaments.

Was tun?

Der Hauptausschuß des Uni-Parlaments hat bereits eine Rahmenzulassungsordnung verabschiedet. Dazu erklärte die studentische Fraktion, daß sie nicht gewillt sei, an der Sanktionierung des NC mitzuarbeite, bevor sie die Sitzung verließ.

Bei den in der nächsten Sitzung zu behandelnden fachspezifischen Zulassungssatzungen für die einzelnen Fächer wird **zunächst zu prüfen sein, ob exakte Kapazitätsberechnungen in den einzelnen Abteilungen überhaupt eine solche Maßnahme rechtfertigen.**

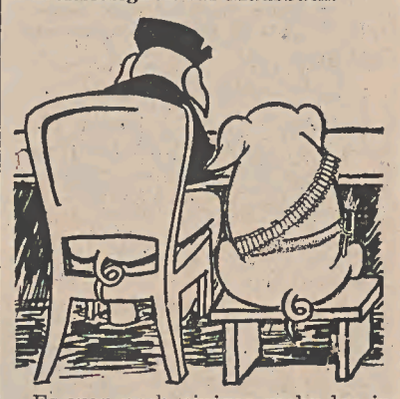
Weiterhin müssen wir die **politische Entscheidung und Durchführung für den NC dem Ministerium überlassen und nicht verschleiern, wer die politische Verantwortung dafür trägt. Deshalb müssen wir durch Nichtverabschiedung von fachspezifischen Zulassungssatzungen den „Schwarzen Peter" an Düsseldorf zurückverweisen.**

Die jetzt erfolgte Ausbreitung des NC ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zum 6-Semester-Studium, der totalen Reglementierung und Bedarfsplanung im Interesse des Kapitals.

Was war los . . .

Fortsetzung von Seite 3

21. März: Der Prozeß zwischen Dr. Mausbach, der wegen seiner Kritik am bundesdeutschen Krankenhaus-(un)wesen seit Monaten arbeitslos ist, und seinem ehemaligen Arbeitgeber, wird vom Landesarbeitsgericht in Frankfurt auf den 21. Juni vertagt. **Folge: Drei weitere Monate Arbeitslosigkeit für Mausbach.**



Es war noch einiges mehr los in der Bundesrepublik. Die verschiedenen Klüngeleien und Kungeleien verschiedener Abgeordneter, auch „Volksvertreter" genannt, seien nur am Rande erwähnt, so die Schiller-Schwager Angelegenheit, die Einnahmequellen des „Beraters" und „Volksvertreters" Wienand (SPD) und die dubiosen Praktiken des hessischen Landwirtschaftsministers Best (SPD) beim Erwerb von Grundstücken.

Daß diese Ereignisse nur die Spitze eines Eisberges sind, dürfte jedem klar sein, denn diese Form des „white-collar-crime", die Ausnutzung politischer Positionen zur finanziellen Sanierung, ist sicherlich die mit der größten Dunkelquote.

Dann war da noch die Angelegenheit Leber-Hahnemann, die noch allen im Gedächtnis sein wird. Leber schloß diese Angelegenheit ab mit der Bemerkung, **es sei „heute, 27 Jahre nach dem Kriege, nicht mehr so wichtig, ob damals** (Leber meint das Dritte Reich, d. Verf.) **jemand Mitglied einer Organisation gewesen sei"** (zit. nach FR vom 22. 3.).

Es gab noch die Disziplinierungsversuche bei der Bochumer Bereitschaftspolizei (Testfall: Lange Haare und Bärte) und dann gab es auch noch den Staatsanwalt Kehr in Hildesheim, der sagte: **„Ich glaube nicht, wenn sie auch beide heute der DKP angehören, daß sie die Unwahrheit gesagt haben."**

DAS IST LOS IN DER BUNDESREPUBLIK!

Schwerbewaffnete Wachen beim Ruhland-Prozeß

Übrigens

Ruhland hat man weichgeklopft, selbst die bürgerliche Presse verwundert sich über seine Aussagefreudigkeit im Düsseldorfer Schauprozeß. Wer nicht so bald singt, sitzt dafür länger. So befindet sich H. J. Bäcker, angebliches Mitglied der angeblichen BM-Gruppe, **seit 13 Monaten in Untersuchungshaft,** H. Jansen und E. Grusdat sitzen **seit mehr als 15 Monaten in U-Haft,** Mahler sowie Brigitte Asdonk und Monika Berberich **sitzen bereits mehr als 18 Monate in U-Haft.**

☆

Was sonst noch alles los war — und täglich ist — erfahren wir selten und spärlich. Deshalb fehlen in dieser Drei-Wochen-Bilanz die nichteingestellten linken Lehrer, die disziplinarrechtlich bestraften Soldaten, die nicht widerspruchslos alles hinnehmen, die gefeuerten Schüler, die allenfalls mal in der Lokalpresse auftauchen etc. etc. . . .

„Die CDU repräsentiert den aggressivsten Teil des Kapitals." (DKP) — Wer hat da gelacht?

RATSCHLAG FÜR KINOGÄNGER BIS OSTERN

von Busby

Westdeutsche Kurzfilmtage Oberhausen 1972:
Deutsche Informationstage: 26. — 30. 3.
Internationaler Wettbewerb: 24. — 29. 4.
Informationen über den Filmclub, 71/33 64

vorzüglich — STUDIO — nur Do., 23.

Roman Polanski: WENN KATELBACH KOMMT. Sein bester Film. Der Weg in die Sackgasse (Cul de Sac — so der Originaltitel) ist politische Metapher weit unvermittelter als in den anderen Filmen.

abzulehnen — CAPITOL

Sergio Leone: TODESMELODIE (Duck, You Sucker!). Hier wird wieder mal Revolution auf gefährlichste Weise ins Baader-Meinhof-Klischee der bürgerlichen Medien abgefälscht. Dem Revolutionär ist es wurscht, ob er Revolution macht oder Bankraub; ist er doch, wie der Film, bar politischen Bewußtseins. Wie die mexikanische Revolution endete, ist bekannt; der Film dient der manieristischen Verklärung eines noch nicht einmal historisch richtig gesehenen revolutionären Ansatzes. — Selbst das Unternehmerblatt filmecho-filmwoche referiert, daß es sich hier um Revolution als kommerzielle Masche handelt.

annehmbar — INTIMES

Richard Brooks: DER MILLIONENRAUB, mit Warren Beatty, Gert Fröbe. „Unmoralisch", weil die Gangster schließlich heil und mit der Beute davonkommen, sie haben ja auch nur die Verbrecher mit weißer Weste (Steuerhinterziehung, Schmuggel, etc.) beraubt, und das geht noch. Ein ebenso komplizierter wie genial einfacher Bankraub; perfekt gemachte Unterhaltung mit satirischen Spitzen gegen große Geldverdiener. Gedreht in Hamburg.

überragend — STUDIO — ab Ostern

Charles Chaplin: MODERNE ZEITEN. Diese Slapstick-Parabel über Entfremdung in der Industriegesellschaft ist heute moderner denn je. Daß der Karl-May- und Pauker-Produzent Horst Wendlandt, der die Filmrechte (4 Filme — 1,5 Millionen) kaufte, gerade diesen stark antikapitalistischen Film als ersten startet, ist wohl eher Zufall. — Wunderschöne Originalmusik (von Chaplin, der auch mal singt), und Charlie mit der roten Fahne an der Spitze der Streikenden.

ausgezeichnet — BALI — nur 9. 4.

Howard Hawks: RIO LOBO. Beginnt mit einem höchst pfiffigen Eisenbahnraub der Südstaatler, aber der Film fängt mit seiner wesentlichen Handlung erst im letzten Viertel so richtig an — wie bei guten Romanen. Das Pulver bleibt trocken und knallt dann besser. — Klassischer Spätwestern mit John Wayne als Wrack seiner selbst, mit Geschichten, die kaputtgehen, schön und zersetzend wie Herbst.

Einreiseverbot für Ernest Mandel

Am Montag, dem 28. Februar, 8.40 Uhr traf E. Mandel von Brüssel kommend auf dem Flughafen Frankfurt/M. ein, um von hier nach Berlin weiterzufliegen. Er wollte auf einem Teach-In über die Ablehnung seiner Berufung an die „Freie" Universität sprechen. Bereits im Flughafengebäude wurde er vom Bundesgrenzschutz — auf Wunsch des Senats von Berlin — festgehalten und gezwungen, mit dem nächsten Flugzeug zurück nach Brüssel zu fliegen.

Er gab eine Erklärung über die politischen Implikationen der Ablehnung seiner Berufung ab, die auf dem dennoch stattfindenden Teach-In vor über 2000 Personen verlesen wurde. In Berlin fand noch am gleichen Nachmittag eine Demonstration zum Senat statt.

Die Repression weitet sich aus!

Dieser Schritt stellt einen weiteren Meilenstein in der Unterdrükkung des Sozialismus in der Bundesrepublik dar. Er richtet sich nicht gegen eine Einzelperson, sondern gegen die sozialistische Bewegung und muß im Zusammenhang der gegenwärtigen Repressionswelle gesehen werden.

Nach dem Schüren der Baader-Meinhof-Hysterie, nach der Ausschaltung fortschrittlicher Lehrer aus dem Schuldienst, nach der Entfernung sozialistischer Dozenten von den Universitäten (Brückner, Lefèvre, Holz) folgt als nächster Schritt des bürgerlichen Staates das **direkte Redeverbot für Kommunisten und Sozialisten.**

Das Kapital macht sich keinerlei Illusion über die Zukunft. Aufgrund der wachsenden Verwertungsschwierigkeiten, in die der deutsche Imperialismus mehr und mehr gerät, wird der allseitige Angriff auf die Arbeiterklasse vorbereitet und teilweise schon praktiziert. Institutionelle Absicherungen gegen die Radikalisierung der Arbeiterklasse, wie das Betriebsverfassungsgesetz, sind ein Anfang, genügen aber nicht. Auf politischer Ebene versucht man, Ansätze revolutionärer Organisationen in der Arbeiterbewegung zu unterdrücken.

Die gegenwärtig laufende Repressionswelle richtet sich nicht gegen einzelne Personen oder Gruppen. **Der Sozialismus insgesamt ist das Ziel.** Über alle politischen Differenzen hinaus muß die Antwort entsprechend sein, in einer Sprache, die der bürgerliche Staat versteht: **solidarische Aktion!**

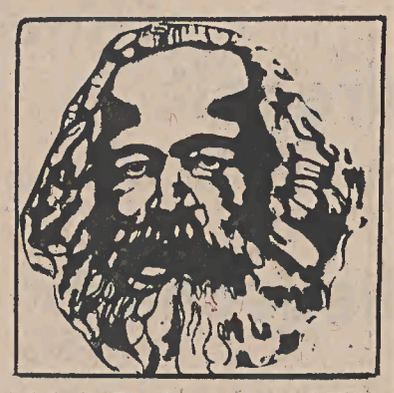
Nur gemeinsame Aktionen können das Kräfteverhältnis zugunsten des sozialistischen Lagers ändern und den Angriff des bürgerlichen Staates stoppen. Das ist die Voraussetzung dafür, daß die sozialistischen Kräfte wieder **in die Offensive gehen** können.

REGIERUNGSGEIL

In die Regierung um jeden Preis will die revisionistische KP Italiens. Ihr bisher letzter Versuch, dieses Ziel zu erreichen, ist das Angebot an die Christdemokraten, eine Regierungskoalition zu bilden. Um jeden Preis, das heißt:

- Rücknahme der liberalen Tendenzen im neuen Scheidungsrecht,
- Wirtschaftspolitik unter der KPI-Parole „Ja zur privaten Initiative — nein zur Ausweitung der öffentlichen Hand".

Der Schwesterfloh KPF, ebenso parlamentsgeil, empfiehlt sich in Frankreich schon länger als Garant für law and order — „eine kommunistische Partei muß es verstehen, einen Streik zu beenden" (CGT-Bonze). In ihrem Bestreben, sich von allen Linken zu distanzieren, verzichtete sie ausdrücklich darauf, zur Beteiligung am Begräbnis des vom Renault-Werkschutz erschossenen kommunistischen Arbeiters Pierre Overnay aufzurufen. Ist das die Solidarität unserer „linken" Freunde?



Ich habe Drachen gesät und Flöhe geerntet

Gebrauchtwagen Ausstellung

Witzel-Tiefgarage

Citroen 2 CV, 1967	1.790,— DM
Renault 10, 1966	1.490,— DM
Ford 12 M, 1967	1.990,— DM
Ford 12 M, 1968	2.490,— DM
Renault 4, 1964	990,— DM
Fiat 850 Coupé, 1970	3.990,— DM
Skoda 110 MB, 1970	3.190,— DM
NSU 110 C, 1966	1.990,— DM

Gegen Vorlage des Studentenausweises gewähren wir Nachlässe bis zu 10 Prozent!

Unsere Fahrzeuge sind zuverlässig und werkstattgeprüft

RENAULT

WITZEL GMBH
Kraftfahrzeuge
BOCHUM
Freudenbergstraße 27/31
Telefon 5 26 51

SPEKTRUM

Bochum — Nordring 65 — Telefon 1 67 35

		Nicht-mitgl.	Stud.
Samstag, 25. 3. 72 20 Uhr	The legendary WIZZ JONES, London Country Blues	5,—	3,—
Samstag 1. 4. 72 20 Uhr	„Ein Drache liegt auf unserer Stadt" DIETER STROBEL singt Wolf Biermanns große Drachenballade und andere Lieder von Biermann, Degenhardt u. a.	4,—	2,50
Samstag 20. 5. 72	EXSEPTION, OPUS, Horst Steffen Sommer Ruhrland-Halle Vorverkauf: Kunst- und Bücherscheune, Spektrum		

Mittwochs von 17.00 bis 19.00 Uhr KOSTENLOSE BERATUNG FÜR WEHRUNWILLIGE

Täglich ab 19.00 Uhr für jedermann geöffnet.

STUDIENKREIS FILM

immer mittwochs, HZO 20, 18+20 Uhr

FERIENKINO II

29. März
Werner Herzog: FATA MORGANA
Farbe, BRD 1970. Ein Trip in und durch Afrika, Befremdendes, Luftspiegelung, Illusion, Zerstörung. Die Vision einer sinnentleerten Welt, quälend, aber auch bestürzend schön. Wer sich dem Film ausliefert, sieht nie zuvor Gesehenes, Erfahrungen der Irritation und des Wiedererkennens, Erschrecken und Erinnern zugleich, auf der Suche nach dem Goldenen Zeitalter.

5. April
Alfred Hitchcock: TOPAS
USA 1969. Mit Michel Piccoli. Frontwechsel eines Sowjet-Agenten, Entdeckung der Raketenbasen in Cuba, viele Meter mit Fidel Castro, bei denen heute noch die Fachwelt rätselt, ob sie echt sind oder mit Double, aber egal: TOPAS geht dem Stammtischbegriff des Politischen mit subtiler Ironie ans Leder. Der deutsche Verleih läßt den Russen am Schluß umkommen, in der Originalfassung gibts eine pfiffige Abreise; Trick wie mit Spiegeln, Kunst von Taschendieben.

12. April
DIE ERSTEN FILME DER WELT
Frankreich 1895—1915. LOUIS LUMIERE: Aktualitäten. ((Die Arbeiterinnen der Firma Lumiere verlassen die Fabrik; Ankunft eines Zuges; Boote verlassen den Hafen in La Ciotat). GEORGES MELIES: Zaubermärchen, Expeditionen nach Jules Verne, Abenteuer. (Die Eroberung des Nordpols, Reise zum Mittelpunkt der Erde etc.) Mit Lumiere und Melies schon spaltet sich die Kinematographie in zwei Ströme: den dokumentarischen und den fiktionalen. Hie Wirklichkeit, da Phantastik; und Surreales. ACHTUNG: Wir zeigen die originalen, in Farbe handkolorierten Melies-Filme! Kinder mitbringen!

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN

trispher BRILLEN Hagemann

Kleinstlinsen angenehm zu tragen unsichtbar · unzerbrechlich

SÜDRING 20

Kaufen Sie

Tabak · Zeitungen
Spirituosen
Lebensmittel
Brot + Backwaren

Trinkhalle Kotthoff
(Mensaparkplatz)

Neu:
Busfahrkarten aller Art

B S Z

Herausgeber und Verleger:
Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, Reinhard Greeven (SHB), Bernd Bekemeier (SAG), Anton-László Ostfalk (SHB), Hannes Sänger (SAG).
Redaktion: Bernd Holzrichter, Harald Jung (SAG), Axel Jost (SHB), Jörg Böhnk.
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 60.
Auflage 10 000 Exemplare.
Anzeigenleitung: Hajo Mulsow.
Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12—16.
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 60, Tel. 70 18 55 u. 71 24 16.